

Gesetzsammlung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden

Versehen mit sachdienlichen Fußnoten

Begründet von
Hans Gundrum † und Erich Quester †

Fortgeführt von

Dr. Heribert Schmitz
Ministerialrat im Bundesministerium des Innern a. D.

Heinrich Bornhofen
Regierungsdirektor im Bundesministerium des Innern a. D.

Rainer Bockstette
Oberamtsrat im Bundesministerium des Innern a. D.

Verlag für Standesamtswesen
Frankfurt am Main · Berlin

Bearbeiter:

Hans Gundrum, 1. bis 12. Lieferung

Erich Quester, 1. bis 27. Lieferung

Rudolf Büchner, 13. bis 27. Lieferung

Heinrich Bornhofen, ab 13. Lieferung

Heribert Schmitz, ab 28. Lieferung

Rainer Bockstette, ab 31. Lieferung

Zitiervorschlag:

GS Nr. 1

© Verlag für Standesamtswesen GmbH · Frankfurt am Main · Berlin 2026

Lindleystraße 8b, 60314 Frankfurt am Main

Kontaktadresse nach EU-Produktsicherheitsverordnung: produktsicherheit@vfst.de

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Freigrenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Wir behalten uns auch eine Nutzung des Werks für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG vor.

Printed in Germany.

Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark

Druck: AZ Druck und Datentechnik GmbH, Kempten

Grundwerk ISSN 1618-338X

65. Lieferung ISBN 978-3-8019-2165-1

Vorwort zur 65. Lieferung

Mit der 65. Lieferung werden die in der GS abgedruckten Rechtsvorschriften sowie sonstigen Regelungen und Übersichten auf den neuesten Stand gebracht.

Im Mittelpunkt stehen die Änderungen durch das Gesetz zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Vaterschaftsanerkennung vom 29.3.2026 (BGBl. 2026 I Nr. 83). Personenstandsrechtlich relevant sind eine Reihe von Paragraphen rund um die Kernvorschrift des § 1600 BGB sowie Änderungen des PStG durch Einfügung eines neuen § 44a und Änderungen der §§ 44, 47 und 63. Auch das FamFG ist mit mehreren Änderungen betroffen.

Durch das Umsetzungsgesetz werden die Grundzüge des bisherigen Abstammungsrechts, insbesondere das Zwei-Eltern-Prinzip nicht berührt. Die Frage einer Mehrelternschaft, die zahlreiche Rechtsfragen aufwürfe, ist nicht zuletzt wegen des vom BVerfG gesetzten Termins zur Neuregelung (ursprünglich 30.6.2025, verlängert zum 31.3.2026) nicht aufgegriffen worden.

Das standesamtliche Verfahren zur Prüfung der leiblichen Abstammung des Kindes auf der Grundlage einer genetischen Abstammungsuntersuchung sowie Fragen einer etwaigen Berichtigung des betreffenden Geburtseintrags bei fehlerhafter Eintragung und zur Benutzung betroffener Einträge sind den oben bezeichneten PStG-Änderungen zu entnehmen.

Größeren Umfang der 65. Lieferung nehmen zudem zahlreiche Änderungen der asylrechtlichen und ausländerrechtlichen Vorschriften ein.

Aktualisiert wurden außerdem die Länderübersichten der Vertragsstaaten der in der GS abgedruckten Übereinkommen sowie das Sachverzeichnis der GS.

Nach dem ursprünglichen Redaktionsschluss dieser Lieferung zeichnete die sich nicht so rasch erwartete abschließende Beschlussfassung und Verkündung eines weiteren Gesetzes mit großer personenstandsrechtlicher Relevanz ab: Das »Gesetz zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft« vom 21.6.2026 (BGBl. 2026 I Nr. 221) führt mit umfangreichen Änderungen und Neuregelungen des Aufenthaltsgesetzes bei Anerkennung durch einen Mann mit deutscher Staatsangehörigkeit oder unbefristetem Aufenthaltsrecht Kontrollinstrumente ein, wenn ein »aufenthaltsrechtliches Gefälle« zwischen den Beteiligten vorliegt, z.B. die Mutter nur eine Aufenthaltsgestattung oder Duldung besitzt. Das standesamtliche Verfahren der Vaterschaftsanerkennung sieht in dem neuen § 44b PStG die Zustimmung der für die Beteiligten zuständigen Ausländerbehörde vor. Flankierende Regelungen über die Unwirksamkeit der Anerkennungs- und Zustimmungserklärungen sind im BGB getroffen.

Durch die Berücksichtigung dieses Gesetzes hat sich die Auslieferung der 65. GS-Lfg. verzögert.

Berlin, im Juli 2026

Heribert Schmitz

Heinrich Bornhofen

Rainer Bockstette

Inhalt

Ordner I

Innerstaatliches Recht*

			Anzahl Blätter
	1–9 Personenstandsrecht		
1	Personenstandsgesetz	PStG	28
1a	<i>Personenstandsgesetz a. F.</i>	PStG a. F.	22
1b	Gesetz zur Reform des Personenstandsrechts (Personenstandsrechtsreformgesetz – PStRG)	PStRG	1
2	Verordnung zur Ausführung des Personen- standsgesetzes	PStV	51
2a	<i>Verordnung zur Ausführung des Personen- standsgesetzes a. F.</i>	PStV a. F.	38
2b	<i>Personenstandsverordnung der Wehrmacht</i>	WehrmPStV	6
6	Bezeichnung der Normen, die bei der Transliteration von Familiennamen und Vornamen anzuwenden sind	ISO-Translit	1
	10–19 Personenstandsrechtliche Ländervorschriften		
10	Vorschriften der Länder zur Ausführung des PStG und der PStV	LdVorschr	117
11	Zuständigkeitsregelungen für die Entgegen- nahme der Erklärungen über den Austritt aus einer Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft	KiAustr	2
12	Vorschriften der Länder zu Mitteilungen in Nachlasssachen an die die Testamentsver- zeichnisse führenden Stellen und über den Inhalt der Testamentsverzeichnisse	NachlGer	1
12a	Benachrichtigung in Nachlasssachen	NachlMtlG	2

* Im Teil »Innerstaatliches Recht« sind in kur-
siver Schrift aufgehobene Vorschriften angege-
ben. Sie sollen die Prüfung zurückliegender
Einzelfälle ermöglichen.

20–29 Kinder- und Jugendhilfe

20	Sozialgesetzbuch, Achtes Buch, Kinder- und Jugendhilfe	SGB VIII (KJH)	19
20a	Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts	KJHG	1
21	Gesetz über die religiöse Kindererziehung	RelKiErzG	1
22	Gesetz über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder	NEhelG	3
23	Gesetz zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge	SorgeRG	1
24	Gesetz zur Reform des Kindschaftsrechts (Kindschaftsrechtsreformgesetz)	KindRG	1
25	Adoptionsübereinkommens- Ausführungsgesetz	AdÜbAG	3
26	Adoptionswirkungsgesetz	AdWirkG	3
27	Schwangerschaftskonfliktgesetz	SchKG	5
28	Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit	BEEG	2

30–39 Bürgerliches Recht, Familienrecht

30	Bürgerliches Gesetzbuch	BGB	82
30a	Einführungsgesetz zum BGB	EGBGB	21
30b	Gesetz zur Neuregelung des Internationalen Privatrechts	IPRNeurG	1
30c	Gesetz über die Anerkennung freier Ehen rassisch und politisch Verfolgter	EheAnerkG	1
30d	<i>Gesetz über die Anerkennung von Nottrauungen</i>	NottrauG	2
30e	Gesetz über die Rechtswirkungen des Ausspruchs einer nachträglichen Eheschließung	Nachträgl-EheschlG	2
30f	Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts	EheÖffnungsG	1
30g	Erstes Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts	1. EheRG	2
30h	Gesetz über die Änderung des Ehenamens (Ehenamensänderungsgesetz)	EheNÄndG	1

			Anzahl Blätter
30i	Gesetz über die Prozeßkostenhilfe	PKostHG	1
30k	Gesetz zur Neuordnung des Eheschließungsrechts (Eheschließungsrechtsgesetz)	EheschlRG	2
30l	<i>Ehegesetz (Gesetz Nr. 16 des Kontrollrats)</i>	EheG	9
30m	<i>Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes zur Vereinheitlichung des Rechts der Eheschließung und der Ehescheidung (Ehegesetz [1938])</i>	EheDV	1
30n	<i>Verordnung zur Ausführung des EheG [1946]</i>	EheAusfV (BritZ)	2
30o	<i>Gesetz Nr. 555 (Rechtsangleichungsgesetz – RAG) – Art. 5 –</i>	EheDV (Saar)	1
31	Verschollenheitsgesetz	VerschG	5
31a	Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Verschollenheitsrechts	VerschÄndG	3
31b	Gesetz über Todeserklärungen nach der Konvention der Vereinten Nationen vom 6. April 1950 über die Todeserklärung Verschollener	TodErklKonvG	1
32	Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts (Gleichberechtigungsgesetz)	GleichberG	2
33	Gesetz zur Vereinheitlichung und Änderung familienrechtlicher Vorschriften (Familienrechtsänderungsgesetz)	FamRÄndG	2
35	Gesetz über die Annahme als Kind und zur Änderung anderer Vorschriften (Adoptionsgesetz)	AdoptG	2
36	Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag	SBGG	4
36a	Gesetz über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen (Transsexuellengesetz) mit Beiblatt: Übersicht über die zuständigen Gerichte	TSG	4
37	Gesetz zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige (Betreuungsgesetz)	BtG	1
37a	Betreuungsorganisationsgesetz (BtOG)	BtOG	2
38	Gesetz zur Neuordnung des Familiennamensrechts (Familiennamensrechtsgesetz)	FamNamRG	2

39	Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz)	LPartG	7
----	---	---------------	---

40–49 Behördliche Namensänderung

40	Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen mit Beiblatt: Übersicht über landesrechtliche Zuständigkeitsregelungen	NamÄndG	5
41	Erste Verordnung zur Durchführung des NamÄndG vom 7. Januar 1938 mit Beiblatt: Namensrechtliche Vorschriften des aufgehobenen Erbhofrechts	1. NamÄndDV	2
42	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum NamÄndG	NamÄndVwV	15

Ordner II

50–59 Staatsangehörigkeitsrecht

50	Staatsangehörigkeitsgesetz	StAG	11
50a	<i>Gesetz zur Änderung des RuStAG vom 20. Dezember 1974</i>	4. RuStAÄndG	1
51	<i>Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934</i>	V vom 5.2.34	1
53	Ausführungsgesetz zu dem Übereinkommen zur Verminderung der Staatenlosigkeit und zu dem Übereinkommen zur Verringerung der Fälle von Staatenlosigkeit (Gesetz zur Verminderung der Staatenlosigkeit)	StlosVermG	1
54	<i>Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. Februar 1955</i>	1. StARegG	4
55	<i>Zweites Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 17. Mai 1956</i>	2. StARegG	2
56	<i>Drittes Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 19. August 1957</i>	3. StARegG	1
57	Staatsangehörigkeits-Gebührenverordnung	StAGebV	2
58	Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Urkunden in Staatsangehörigkeitssachen	StAUrkVwV	7

60–69 Vertriebene und Aussiedler, Flüchtlinge und Ausländer

60	Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz)	BVFG	9
61	Gesetz über die Rechtsverhältnisse verschleppter Personen und Flüchtlinge (Gesetz Nr. 23 der Alliierten Hohen Kommission)	VerschlPersG	2
62	Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet	HAusLG	3
63	<i>Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge</i>	FlüchtlMaßnG	1
64	Asylgesetz	AsylG	8
65	Aufenthaltsgesetz	AufenthG	31
65a	Aufenthaltsverordnung	AufenthV	9
67	Freizügigkeitsgesetz/EU	FreizügG/EU	6
68	Gesetz über das Ausländerzentralregister (AZR-Gesetz)	AZRG	10

70–79 Gerichtsverfassung, Freiwillige Gerichtsbarkeit

70	Gerichtsverfassungsgesetz	GVG	13
70a	Einführungsgesetz zum GVG	EGGVG	6
71	Rechtspflegergesetz	RPflG	7
72	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	FamFG	46
72a	Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	FGG-RG	2
73	Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz	AVAG	7
74	Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen	MiZi	20
75	Internationales Familienrechtsverfahrensgesetz	IntFamRVG	6

80–89 Verfahrensrecht, Strafrecht

80	Zivilprozessordnung	ZPO	21
80a	Gesetz betreffend die Einführung der ZPO	EGZPO	2
81	Strafgesetzbuch	StGB	27
81a	Einführungsgesetz zum StGB	EGStGB	6
81b	Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen	MiStra	8
82	Strafprozessordnung	StPO	6
82a	Einführungsgesetz zur StPO	EGStPO	1
82b	Zeugenschutz-Harmonisierungsgesetz	ZSHG	3
83	Gesetz über das Zentralregister und das Erziehungsregister (Bundeszentralregistergesetz)	BZRG	14
83a	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des BZRG	BZRGVwV	2
84	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten	OWiG	14
85	Verwaltungsgerichtsordnung	VwGO	23
86	Verwaltungsverfahrensgesetz	VwVfG	19
86a	Zehntes Buch Sozialgesetzbuch – Sozialverfahren und Sozialdatenschutz	SGB X (VwVf)	8
86b	E-Government-Gesetz	EGovG	5
87	Bundesdatenschutzgesetz	BDSG	15
88	Verwaltungszustellungsgesetz	VwZG	5
89	Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen	OZG	7

90–99 Beurkundungs- und Beglaubigungsrecht

90	Beurkundungsgesetz	BeurkG	14
90a	Bundesnotarordnung	BNotO	7
90c	Verordnung zur Einrichtung und Führung des Zentralen Testamentsregisters (Testamentsregister-Verordnung – ZTRV)	ZTRV	4
91	Verordnung über die Ersetzung zerstörter oder abhanden gekommener gerichtlicher oder notariischer Urkunden	UrkErsV	2
93	Gesetz zur Ergänzung von Zuständigkeiten auf den Gebieten des Bürgerlichen Rechts, des Handelsrechts und des Strafrechts (Zuständigkeitsergänzungsgesetz)	ZustErgG	1

94a	Verordnung über die zu Beglaubigungen befugten Behörden (Beglaubigungsverordnung – BeglV)	BeglV	4
95	Gesetz über die Konsularbeamten, ihre Aufgaben und Befugnisse (Konsulargesetz)	KG	7
100–109 Verfassungsrecht			
100	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland	GG	16
100a	Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919	WRV	2
101	<i>Gesetz über die Aufhebung von Nazi-Gesetzen (Gesetz Nr. 1 des Kontrollrats)</i>	KRG 1	1
102	Gesetz zur Überleitung von Bundesrecht nach Berlin (West) (Sechstes Überleitungsgesetz)	6. ÜberlG	1
103	<i>Gesetz über die Eingliederung des Saarlandes</i>	EinglG-Saar	2
104	Gesetz zu dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR	Grdl-Vertr	3
105	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag –	EinigVertr	5
107	Gesetz zu dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über eine Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze und andere die Beziehungen zwischen beiden Ländern betreffende Fragen	GrenzG (Belg.)	2
108	Gesetz zu dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Regelung von Grenzfragen und anderen zwischen beiden Ländern bestehenden Problemen (Ausgleichsvertrag)	GrenzG (Niederl.)	2
110–119 Statistik, Ausweise, Meldewesen			
110	Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz)	BStatG	5
111	Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes	BevStatG	3

		Anzahl Blätter
113	Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis	PAuswG 19
114	Passgesetz	PassG 12
114a	Verordnung zur Durchführung des Passgesetzes (Passverordnung)	PassV 8
115	Gesetz über eine Karte für Unionsbürger und Angehörige des Europäischen Wirtschaftsraums mit Funktion zum elektronischen Identitätsnachweis	eIDKG 7
117	Bundesmeldegesetz	BMG 25
117a	Verordnung zur Durchführung von regelmäßigen Datenübermittlungen zwischen Meldebehörden (Erste Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung)	1. BMeldDÜV 5
117b	Verordnung zur Durchführung von regelmäßigen Datenübermittlungen der Meldebehörden an Behörden oder sonstige öffentliche Stellen des Bundes (Zweite Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung)	2. BMeldDÜV 5
117c	Verordnung zu Voraussetzungen von automatisierten Meldedatenabrufen durch Behörden oder sonstige öffentliche Stellen des Bundes und der Länder (Bundesmeldedatenabrufverordnung)	BMeldDAV 5
117d	Verordnung über die elektronische Speicherung von Daten zur Einhaltung der besonderen Meldepflicht in Beherbergungsstätten (Beherbergungsmeldedatenverordnung)	BeherbMeldV 2
117e	Verordnung zu den Voraussetzungen und dem Verfahren der Zulassung von in nicht öffentlich-rechtlicher Form betriebenen Portalen zur Durchführung von einfachen Melderegisterauskünften über das Internet (Portalverordnung – PortalV)	PortalV 2
117f	Verordnung zur Bestimmung von Inhalt, Form und Verfahren von Datenübermittlungen zwischen Meldebehörden und einem Verwaltungsportal zur Erbringung von digitalen Verwaltungsleistungen (Bundesmeldedatendigitalisierungsverordnung – BMeldDigiV)	BMeldDigiV 6

120–129 Kostenrecht

120	Bundesgebührengesetz	BGebG	6
122	Gerichts- und Notarkostengesetz	GNotKG	12
123	Justizverwaltungskostengesetz	JVKostG	6
125	Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz)	BEG	1

130–199 Sonstiges

130	Gesetz über die Haftung des Reichs für seine Beamten	HaG	1
131	Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (Beamtenstatusgesetz)	BeamtStG	2
132	Gesetz über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz)	VerpflG	1
133	Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz	ErbStG	1
133a	Erbschaftsteuer-Durchführungsverordnung	ErbStDV	3
134	Mitwirkung der Standesbeamten in Angelegenheiten der Sozialversicherung und der Sozialhilfe	SozAng	1
135	Gesetz über die Einheiten im Messwesen und die Zeitbestimmung (Einheiten- und Zeitgesetz)	EinhZeitG	1
135a	Verordnung über die Einführung der mitteleuropäischen Sommerzeit	SoZV	2
136	Abgabenordnung	AO	3
136a	Verordnung zur Vergabe steuerlicher Identifikationsnummern (Steueridentifikationsnummerverordnung – StIdV)	StIdV	1
137	Gesetz zur Einführung und Verwendung einer Identifikationsnummer in der öffentlichen Verwaltung	IDNrG	5

Ordner III

Zwischenstaatliches Recht

200	Staatenübersicht mit Hinweisen auf die in der GS wiedergegebenen bilateralen und multilateralen Vereinbarungen		4
------------	--	--	---

201–209 Personenstandsrecht

201	Übereinkommen über die Ausstellung mehrsprachiger Auszüge aus Personenstandsbüchern/Zivilstandsregistern	IntPStUrkÜb	8
201a	Übereinkommen über die Ausstellung mehrsprachiger, codierter Auszüge und Bescheinigungen aus Personenstandsregistern	2. IntPStUrkÜb	8
201b	Übereinkommen zur Schaffung eines internationalen Stammbuchs der Familie	IntStdFÜb	4
202	Übereinkommen über die kostenlose Erteilung von Personenstandsurkunden und den Verzicht auf ihre Legalisation	KostenlPStUrkÜb	3
202 II.	Vereinbarung mit Israel über die gegenseitige gebührenfreie Ausstellung von Personenstandsurkunden	PStUrkVereinb (Isr.)	1
203	Übereinkommen über den internationalen Austausch von Auskünften in Personenstandsangelegenheiten	PStAuskÜb	4
203a	Zusatzprotokoll zum PStAuskÜb	PStAuskProt	3
203 A	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über den Verzicht auf die Beglaubigung und über den Austausch von Personenstandsurkunden sowie über die Beschaffung von Ehefähigkeitszeugnissen	PStVertr (Österr.)	9
203 CH	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Verzicht auf die Beglaubigung und über den Austausch von Personenstandsurkunden/Zivilstands-urkunden sowie über die Beschaffung von Ehefähigkeitszeugnissen	PStAbk (Schweiz)	8
203 CY	Austausch von Personenstandsurkunden mit der Republik Zypern	PStUrkAust (Zyp.)	1

290–299 Beurkundungs- und Beglaubigungsrecht

290	Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation	ApostilleÜb	10
290 A	Beglaubigungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Republik Österreich	BeglVertr (Österr.)	2
290 B	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Befreiung öffentlicher Urkunden von der Legalisation	BeglAbk (Belg.)	4
290 CH	Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweiz über die Beglaubigung öffentlicher Urkunden	BeglVertr (Schweiz)	3
290 DK	Deutsch-dänisches Beglaubigungsabkommen	BeglAbk (Dän.)	2
290 F	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die Befreiung öffentlicher Urkunden von der Legalisation	BeglAbk (Frankr.)	3
290 GR	Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Griechenland über die gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten des bürgerlichen und Handelsrechts [hier Beglaubigung von Urkunden]	RechtshAbk (Griech.)	3

(Diese Seite hat Anschluss an Seite 15)